auch mit den sonsten reformistischen Phrasen nicht zugekleistert werden können. Nichts zeigt dies besser als die Tatsache, daß die Reden und Erklärungen der beiden kommunistischen Delegierten vom ganzen Kongreß mit äußerster Spannung und Aufmerksamkeit angehört wurden. Bei keinem sonstigen Redner, selbst Leipart eingeschlossen, herrschte eine so große Ruhe im Saal, wie wenn ein Kommunist sprach. Das lag bestimmt nicht in dem an sich gewiß geschickten Auftreten der beiden Kommunisten, sondern darin, daß der ganze Kongreß fühlte und wußte, hier spricht die Stimme der Massen.

Was ist das praktische Ergebnis des Kongresses? Die gefaßten Beschlüsse lassen alles beim alten. Die verkalkten Bureaukraten waren nicht imstande, die Kraft zum Eingeständnis ihrer Fehler, ihrer falschen Politik, die auf allen Gebieten zum Rückschlag für die Arbeiterklasse geführt hat, aufzubringen, sie waren nicht imstande, die Konsequenzen aus ihren Fehlern zu ziehen und neue erfolgreichere Wege zum Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse vorzuschlagen. Leipart zeigte dies am deutlichsten in seinem Bericht des Bundesvorstandes; er verteidigte alles, was der ADGB. getan bzw. nicht getan hat. Und da, wo er eindeutig und klar zu den großen Lohnkämpfen der Gegenwart Stellung nehmen mußte, entschuldigte er sich in der devotesten Form vor den anwesenden Regierungsvertretern, daß sie, die Gewerkschaftsführer, nicht schuld waren an der Verschärfung der Kämpfe und der Klassengegensätze. Ueber alle akuten Kampf- und Tagesfragen, wie Achtstundentag, Lohnkämpfe usw., ging Leipart mit leeren Redensarten hinweg.

Zur wichtigsten Frage auf dem Kongreß machte man die Behandlung der deutschen Wirtschaft und der Wirtschaftsdemokratie. Es wurde ganz klar, daß die ADGB.-Führer mit dem Schlagwort „Wirtschaftsdemokratie" versuchen, die Massen vom Klassenkampf abzulenken. Am deutlichsten sprach dies Tarnow aus. Er erklärte, daß durch die Stellung der Gewerkschaften zum heutigen Staat, durch die Niederlage der Revolution die Massen aufs schwerste enttäuscht waren und daß man ihnen anstelle der revolutionären Ideale ein neues Ideal, eben die Wirtschaftsdemokratie, vor Augen stellen müsse. Hier zeigte sich aber, daß ein großer Spalt im reformistischen Lager vorhanden ist. Der Referent, Professor Hermberg, geriet nämlich mit den führenden Kräften im ADGB. in einen scharfen Widerspruch bei der entscheidenden Frage über das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein einer zielbewußten Führung in der heutigen kapitalistischen Wirtschaft. Hermberg bestritt eine Wirtschaftsführung im kapitalistischen Zeitalter. Mit Recht erklärte er, daß eine zielbewußte Führung nur in einer sozialistischen Gesellschaft möglich wäre und daß daher alle Versuche der Arbeiterklasse, sich durch Wirtschaftsdemokratie an der Führung der kapitalistischen Wirtschaft zu beteiligen, falsch wären und zu Illusionen und schweren Täuschungen führen müßten. Indem Robert Schmidt unter Zustimmung der ADGB.-Führer diese Auffassung Hermbergs bekämpfte, bekundete er, daß die SPD.- und ADGB.-Führer den Glauben an den Sozialismus längst aufgegeben haben und sich dafür mit beiden Füßen auf den Boden der kapitalistischen Gesellschaft stellen. Das ist das „neue Ideal", für das die Tarnow und Genossen die Arbeiterklasse „begeistern" wollen.

Auch die Behandlung der Sozialgesetzgebung auf dem Kongreß zeigte die ganze Jämmerlichkeit der reformistischen Politik und Taktik. Das ganze Problem wurde als eine Frage des parlamentarischen Kuhhandels und nicht als eine Frage des Kampfes aufgefaßt.

Die Organisationsfrage, der Streit: Berufs- oder Industrieverbände, hat nicht, wie vielfach angenommen wurde, zu scharfen Zusammenstößen geführt. Sie wurde in kaum zwei Stunden „erledigt". Die vom bornierten Berufsfestengeist beherrschte Bureaukratie hatte schon vor dem Kongreß im ADGB.-Ausschuß über ihre zahmen Widersacher gesiegt. Das veraltete System der Berufsverbände bleibt also, weil es zweifellos geeigneter ist, die reformistische Politik und Taktik durchzuführen und die Massen von der Mitbestimmung und der Durchführung großer zusammenfassender Kämpfe abzuhalten. Dißmann zeigte sich auch hier wieder in seiner ganzen Haltlosigkeit. Er gab gleich von vornherein den Kampf auf. Er und seine Freunde beschränkten sich darauf, eine lendenlahme Erklärung abzugeben und gegen die Anträge des Bundesvorstandes zu stimmen.

Alle übrigen Fragen und Tagesordnungspunkte wurden ganz im Sinne und Geiste der Behandlung der beiden wichtigsten Fragen erledigt und der Bundesvorstand in seiner alten Zusammensetzung wiedergewählt.

Obwohl das Ergebnis des Kongresses, wie nicht anders erwartet werden konnte, ein in jeder Hinsicht negatives ist, so haben wir Kommunisten und mit uns die ganze Arbeiterklasse dennoch daraus viel zu lernen.

Der Kongreß hat gezeigt, daß die heutigen ADGB.-Führer eine konterrevolutionäre Kraft sind, ein, wie sich der zweite Bundesvorsitzende Müller mit Stolz ausdrückte, „Damm gegen den Bolschewismus". Doch die Tatsachen, daß die Reformisten auf dem Kongreß nicht mehr wagen konnten, in der alten Weise Kommunisten- und Bolschewistenhetze zu treiben, daß sie sich gezwungen sahen, die Kommunisten sehr ruhig anzuhören, daß Dißmann, Ziska, Leipart und andere in der Frage „Kampf um den Achtstundentag" und „Kampf gegen die Auswirkung des Zoll- und Steuerwuchers" Kampfanträge ihrer Mitglieder verteidigen mußten und dadurch in ziemlich starken Gegensatz zum Bundesvorstand gerieten, zeigen an, daß die Passivität in den Massen ihren Tiefstand überschritten hat, daß die Massen wieder im Vorwärtsdringen sind. Es gilt, dieser Stimmung in der Mitgliedermasse Richtung und Ziel zu geben und durch eine systematische, gewissenhafte Kleinarbeit diese Masse ideologisch und organisatorisch für eine revolutionäre Gewerkschaftsarbeit zu gewinnen. Wir haben allen Grund, nicht pessimistisch, sondern mit größtem Optimismus in die Zukunft zu schauen. Darum, Genossen, revolutionäre Gewerkschaftler, auf, ans Werk!

Provokatorische Erklärung Schliebens

Die Angriffe auf das Reichsfinanzministerium, die von einem Teil der bürgerlichen Presse erhoben werden, die sich gegen eine „skurrile Ueberlastung" wendet, veranlaßten den Finanzminister Schieben, einem Vertreter der deutschnationalen „Schlesischen Zeitung" eine Unterredung zu gewähren. In diesem Interview beweist Schlieben in geradezu provokatorischer Form, daß der Millionenüberschuß an Reichseinnahmen lediglich auf die Besteuerung der breiten Massen, nicht aber der besitzenden Klasse, der wesentliche Steuerermäßigung gewährt wird, zurückzuführen ist. Dabei muß hervorgehoben werden, daß die Lohnsteuer in den ersten vier Monaten weit über die Hälfte der gesamten, für das ganze Jahr berechneten Einkommensteuer einbrachte.

Der Reichsfinanzminister, Herr Schlieben, sagte:

„Bei der Einkommensteuer sind die Sätze erheblich ermäßigt (für die Millionäre!). Bei der Lohnsteuer ist der monatlich steuerfrei bleibende Betrag von 60 auf 80 Reichsmark erhöht worden. Die Körperschaftssteuer beträgt jetzt einheitlich 20 Prozent, während bisher von den ausgeschütteten Gewinnen noch Zusatzsteuern von 15 Prozent erhoben wurden. Die Vermögenssteuer beträgt für die nächste Zeit allgemein 50/00 (pro Mille) und die Vermögenszuwachssteuer ist bis zum 31. Dezember 1927 außer Kraft gesetzt. Schließlich weise ich auf die bedeutende Senkung der Umsatzsteuer hin, die vom 1. Oktober ab nur noch 1 Prozent beträgt. Die Luxussteuer wird vom 1. Oktober 1925 ab nur noch 7,5 Prozent betragen. Wie unter solchen Umständen von Erhöhung der Steuern auf Vermögen und Einkommen oder gar von neuen solchen Steuern gesprochen werden kann, ist unerklärlich."

Die Sätze der Einkommensteuer sind ermäßigt, nämlich so, daß die Kapitalisten, die eine Million und darüber Einkommen angeben, mit 40 Prozent statt mit 60 Prozent besteuert werden. Die Zusatzsteuern für ausgeschüttete Gewinne werden nicht mehr erhoben. Die Multimillionäre haben 50 Prozent weniger an Vermögenssteuer zu zahlen.

Ist es nicht eine Provokation, daß der Reichsfinanzminister es wagt, die unerhörte steuerliche Begünstigung der ganz reichen, also der leistungsfähigsten Kreise als Beweis eines „Steuerabbaues" anzuführen?

Wie schamlos dagegen die Steuerausplünderung der arbeitenden Klasse ist, dafür ein paar Zahlen:

Im Monat Juli hat sich wieder ein Steuerüberschuß von 63 Millionen ergeben.

Allein die Lohnsteuer hat in den ersten vier Monaten des laufenden Rechnungsjahres 886 Millionen ergeben, mehr als die Hälfte des auf 1700 Millionen Mark berechneten Voranschlages für das ganze Jahr.

Die Umsatzsteuer hat in derselben Zeit 169 Millionen Mark mehr ergeben, als nach dem Voranschlag zu erwarten war.

Wenn Schlieben auf die Ermäßigung der Umsatzsteuer hinweist, so werden die Einnahmen aus der Umsatzsteuer deswegen nicht geringer, weil die Preise fortwährend steigen. Herr Schlieben wie der Herr Luther sorgen durch weitere Liebesgaben an die Agrarier, daß die Preise in die Höhe gehen, daß die Belastung der Besitzlosen bis zur Unerträglichkeit gesteigert wird.

Die angeführten Zahlen sprechen sehr deutlich. Eine derart unverschämte Steuerpolitik kann sich die reaktionäre Regierung nur deshalb leisten, weil die stärkste Arbeiterorganisation, der ADGB., unter Führung der Leipart und Genossen vollkommen versagt.

Die Arbeiterschaft muß in geschlossener Front den Kampf gegen den Steuerraub aufnehmen.

Fort vor allem mit der Lohnsteuer!

Fort mit der Umsatzsteuer und allen anderen, die arbeitenden Massen belastenden Steuern! Schärfste Besteuerung des Besitzes, der großen Einkommen und Vermögen!

Antikriegskämpfe der französischen Jugend.

Paris, 7. September. (Eigener Drahtbericht.) In ganz Frankreich stand der Internationale Jugendtag wieder einmal seit den Jahren des Weltkrieges im Zeichen des unmittelbaren aktiven Kampfes gegen die Schlächtereien des Imperialismus. In einer großen Anzahl von Städten fanden Kundgebungen mit sehr gutem Besuch statt. In Paris wurden aus Flugzeugen Flugblätter gegen den imperialistischen Krieg abgeworfen. Mehrere Jugendgenossen wurden beim Verteilen von Flugblättern verhaftet. Die Jugend Lothringens und die des Saargebiets hatte für Merlebach eine gemeinsame Demonstration angesetzt. Als einige Gruppen aus dem Saargebiet die Grenze überschreiten wollten, wurden sie von französischen Gendarmerieabteilungen, die in großer Anzahl längs der ganzen Grenze aufgestellt waren, daran verhindert.

Der Kongreß der Minderheitsbewegung

Der „Workers Weekly", (unser englisches Bruderblatt. Red.) berichtet ausführlich über den Kongreß der Minderheitsbewegung, der am Sonntag den 30. August tagte, unter der Ueberschrift „Die Minderheit auf dem Wege zur Mehrheit". Trotz des Boykotts der Gewerkschaftsbureaukratie waren auf dem diesjährigen Kongreß 583 Delegierte anwesend, gegenüber 283 auf dem letzten. Diese überaus starke Beteiligung überstieg alle Erwartungen, die man an den Kongreß geknüpft hatte.

Die Konferenz, die glänzend verlief, wurde beherrscht von dem Verlangen, die Probleme, die der Arbeiterschaft gestellt werden, zu meistern. Die Tagung war getragen von dem festen Entschluß, alle Hindernisse, die der Klasseneinheit der Arbeiterbewegung entgegenstehen, zu überwinden.

Der Trade unions-Gewerkschaftskongreß, der seit gestern 7. September zu Scarborough tagt, schreibt unser Bruderorgan, wird die Resolutionen und Beschlüsse der Minderheitskonferenz sehr zu beachten haben. Falls die Bureaukraten der Trade Union wagen sollten, die Beschlüsse der Minderheitskonferenz zu mißachten, so werden sie sich einer geschlosseneren Front gegenübersehen als je vorher.

Die Forderungen der Minderheitsbewegung an die Gewerkschaften faßt der „Workers Weekly" wie folgt kurz zusammen:

1. **Im Internationalen Maßstabe haben die Gewerkschaften einzutreten für: a) internationale Einheit; b) die Nichtanerkennung des Dawesplanes; c) Vereinigung des eigenen Kampfes mit dem der kolonialen Völker gegen den Imperialismus.**
2. **Im nationalen Maßstab Vorbereitung des vereinigten Kampfes der Arbeiterklasse durch: a) Durchführung einer Kampagne zur Bildung von Fabrikkomitees; b) Verstärkung des Kampfes zum Zusammenschluß der Gewerkschaften nach Industrien (Industrieverbände) und c) Gewährung von größeren Machtbefugnissen an den Generalrat der Gewerkschaften.**

Der „Workers Weekly" bemerkt dazu:

„Die alte Politik führte zur Niederlage des schwarzen Freitag. Die ersten Anfänge der neuen Politik halfen uns, die herrschende Klasse am roten Freitag zurückzustoßen. Eine völlige und energische Durchführung der neuen Politik wird zum vollständigen Sieg der Arbeiterklasse führen."

Der Maslow-Prozeß

4 Jahre Gefängnis gegen Maslow beantragt

4 Jahre Gefängnis gegen Genossen Schlecht.

Leipzig, 7. September. (Eigener Drahtbericht.) **Vor dem Staatsgerichtshof stellte Landgerichtsrat Vogel folgende Strafanträge:**

Gegen Maslow 4 Jahre Gefängnis, wovon 1 Jahr Untersuchungshaft angerechnet wird, und 500 Mark Geldstrafe und Ausweisung aus Deutschland,

gegen Schlecht drei Jahre Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe,

gegen Graylewicz und Hohmacher wird das Verfahren auf Grund des Amnestiegesetzes eingestellt.

Die Anklage zusammengebrochen

Nachmittagssitzung 3. Tag.

Immer wieder werden Schriftstücke verlesen. Jetzt solche die mit „Max" unterschrieben sind. Dieser Max soll Maslow sein. Das führt zu dem Ergebnis, daß Max (Maslow) von Moskau aus, wo er sich damals nachweislich befand, ein Rundschreiben versandt haben müßte, in dem er Anweisungen zum Abbrennen von Rotfeuer für eine Leninfeier gegeben haben müßte. Dieser Unsinn ist so offensichtlich, daß selbst das Gericht nicht mehr an die Identität von Max mit Maslow zu glauben scheint.

Zu einem Zusammenstoß zwischen Maslow und dem Reichsanwalt kommt es, als Maslow eine Stelle der Anklageschrift zitiert, die behauptet, Schlecht habe Maslow als den Unterzeichner Max identifiziert.

Schlecht erklärt hierzu, daß er eine derartige Aussage nicht gemacht habe, sondern lediglich bestätigt habe, daß Maslow weilen Max genannt worden sei.

Ein zum Beweis für die Gemeingefährlichkeit des Genossen Maslow angeführter Artikel: „Sinowjew über die deutsche Linke" hat den gegenteiligen Erfolg. Denn auch in diesem Artikel wird Maslows Pessimismus getadelt.

Auch ein Brief der Genossin Zetkin an den Frankfurter Parteitag äußert die gleiche Meinung.

4. Verhandlungstag.

Man geht in die Verhandlung mit der Ueberzeugung, daß die ganze Anklage zusammengebrochen ist. Das können die Blätter vom Schlage der „Leipziger Neuesten Nachrichten" nicht länger verschweigen. **Der Maslow einwandfrei gelungene Beweis, daß er nicht als russischer Emissär nach Deutschland geschickt wurde, sondern vielmehr seine ganze Erziehung und Bildung ausschließlich in Deutschland erwarb, hat den mystischen Schleier, der über der Persönlichkeit Maslows schwebte, zerfetzt.** Die sorgsamen, gestern zerstörten Konstruktionen der Reichsanwaltschaft von der Beeinflussung der deutschen Partei durch Maslow von Moskau aus, durch mit „Max" unterschriebenen Anweisungen für Leninfeiern der Berliner Unterbezirke sind für die Reichsanwaltschaft zu einer völligen Blamage geworden. Der Inhalt der bisher verlesenen Rundschreiben der Berliner Organisation vor dem Cunostreik, die Beschlüsse des Frankfurter Parteitages im April 1924, die Briefe russischer Genossen enthalten nichts, was der Vorbereitung eines konkreten hochverräterischen Unternehmens nahekäme. Es liegt also nicht einmal das Material vor, das zu der skandalösen Verurteilung von Genossen wie Oelsner, Hausen, Monden führte, die als Bezirkssekretäre in den Oktobertagen, während Maslow in Rußland war, Abwehrmaßnahmen gegen den Faschismus vorbereitet hatten und dafür 3 Jahre Gefängnis erhielten.

Was die heute Vormittag am 4. Verhandlungstag begonnene Verlesung der „Lehren der deutschen Ereignisse" soll, was für Maslow, der diese deutschen Ereignisse nicht miterlebt hat, aus den Lehren gezogen werden soll, ist weder ersichtlich, noch erwähnt worden. Um so weniger, als diese Lehren rein theoretischer Art sind, lediglich zur Selbstverständigung der Partei dienten, keinerlei Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens bedeuten können. Die Verlesung der Reden des Exekutivvertreters, Brandlers, Thälmanns, Remmeles, der Genossin Fischer, der Zusammenfassung von Sinowjew füllen nahezu die ganze Vormittagssitzung, so daß Genosse Maslow erst nach der Pause hierzu Stellung nehmen kann.

In der Nachmittagssitzung nimmt Genosse Maslow Stellung zu der am Vormittag verlesenen Broschüre „Die Lehren der deutschen Ereignisse". Er kennzeichnet die Haltung des Exekutivvertreters als pessimistisch, das Referat Brandlers als unverständlich, das von Remmele viel zu optimistisch, das von Ruth Fischer als das, seinen Anschauungen am nächsten kommende. Genosse Maslow stellt fest, daß es sich um rein theoretische Anschauungen handelte, wobei die Anschauungen der Linken über Einheitsfront und Arbeiterregierung angenommen, die mehr von weniger opportunistischen Thesen des Leipziger Parteitages abgehoben wurden. Von Vorbereitung eines konkreten Hochverratsunternehmens sei keine Rede. Als unmittelbare Aufgaben wurden bezeichnet, Kämpfe um den Achtstundentag und Eingliederung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß. Nach Abschluß dieser Erklärungen bemerkt der Vorsitzende Lorenz, daß in den letzten Tagen Veröffentlichungen erfolgt seien, die den Schluß nahelegten, Maslow sei zur damaligen Zeit in der Leitung der Partei gewesen. Maslow erklärt hierzu, **daß das seines Wissens nicht veröffentlicht wurde, daß es aber auch ganz gewiß nicht stimmt.**

Der Vertreter der Reichsanwaltschaft erklärt, daß auf die Zeugenvernehmung des Spitzels Schönke, der Maslow in einer Versammlung im Jahre 1924 gehört haben will, verzichtet wird. Der Vorsitzende versucht, den blamablen Rückzug der Reichsanwaltschaft mit ein paar Redensarten zu verschleiern, muß sich aber von Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld sagen lassen, daß die Vernehmung Schöntes nur deswegen nicht erfolgt, da die Unglaubwürdigkeit dieses, zahlreiche Male als klassischen Zeugen verwandten, heute nicht einmal mehr von der Anklagebehörde geleugnet werden könne.

Im Verlauf der Verlesung eines Artikels von Maslow aus der „Kommunistischen Internationale" ergeben sich Unstimmigkeiten zwischen der Verteidigung und der Reichsanwaltschaft, deren Vertreter nicht einsehen kann, daß eine im verlesenen Artikel Maslows, auf Seite 3 eingefügte redaktionelle Notiz nicht von dem Angeklagten herrührt. Da die Anklagebehörde das ganze Heft der „Kommunistischen Internationale" als Beweismittel angegeben hat, besteht er auf dem formalen Recht der Verlesung der Notiz. Die Verteidigung erbitten Gerichtsbeschluß darüber und stellt für den Fall der Verlesung den Antrag, die ganze, beinahe 300 Seiten umfassende Drucksache zur Verlesung zu bringen, da ja in diesem Falle nicht nur die Notiz, sondern das ganze Heft als zu den Beweismitteln gehörig anzusehen sei. Effekt: Endlose Beratung des Gerichtshofs und ein anhaltender Heiterkeitserfolg im Zuschauerraum.

Auf zum Roten Werbetag nach Bautzen am 12. u. 13. September